
***Erklärung des Senats der Universität Magdeburg zur
Freiheit der politischen Meinungsbildung***

Wir haben als Universität den grundgesetzlichen Auftrag, die Wissenschaftsfreiheit zu gewährleisten. Die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden ist Garant der Werte der Wissenschaft und des Zusammenlebens in der Universität. Dabei ist der gewaltfreie, an Tatsachen orientierte Diskurs über die Gegenstände, Methoden und Ergebnisse der Wissenschaft von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig steht die Universität in der Verpflichtung, auch Studierenden einen Raum zur politischen Meinungsbildung zu bieten (vgl. HSG § 65, Absatz 1, Satz 7, Punkt). Die Universität ist und bleibt die Stätte des freien Wortes. Wo, wenn nicht hier, muss eine offene Kontroverse und Auseinandersetzung mit Argumenten möglich sein.

Die Gestaltung dieses Raumes verlangt eine Wertehaltung und ein klares Regelwerk. Nur dann lassen sich die erforderlichen thematischen Freiräume für einen universitären Diskurs schaffen. Wissenschaft und Politik sind nicht voneinander zu trennen, sofern sich die Universität relevanter gesellschaftlicher Fragestellungen annimmt. Entzieht sie sich diesen, verliert sie ihre Existenzberechtigung.

Die Otto-von-Guericke-Universität (OVGU) wird die bisher gelebte, liberale Praxis der Raumbereitstellung für studentische Initiativen fortführen. Überwiegend parteipolitische Veranstaltungen in den Räumen der OVGU sind nicht zulässig.

Es ist Aufgabe der OVGU, eindeutige Regelungen zu entwerfen, die transparente und justiziable Kriterien für die Antragstellenden, die Themenstellung und den Teilnehmendenkreis sowie das Format der Veranstaltung enthalten müssen. Gegebenenfalls können dann Auflagen erteilt werden, damit die Rahmenbedingungen einer unserer Universität adäquaten Veranstaltung gewährleistet sind.

Dem abzusehenden Dilemma zwischen parteipolitischer Einflussnahme, eventuell sogar populistischen Tendenzen auf dem Campus, und dem Leben unserer universitären Wertevorstellungen werden wir dadurch entgegenwirken, dass wir verstärkt dem öffentlichen Diskurs dienende Veranstaltungsformate anbieten.

gez.:

Prof. Dr.-Ing. habil. Jens Strackeljan
Vorsitzender des Senats

Magdeburg am 25.01.2017